

Fortsetzung von Seite 1

Berlin verabschiedet das Paket zur Bankenrettung

Etliche alerte Politiker sind bereits bemerkenswert sensibel auf diese Gefühlslage eingegangen, wobei auffallend ist, dass ihnen in diesem Fall kaum jemand Populismus vorwirft. Der christlich-soziale Wirtschaftsminister Michael Glos beispielsweise rückte die Akteure am Finanzmarkt am Freitag in die Nähe «konkurrierender sizilianischer Clans» und kam damit dem in der Linkspartei und bei den Grünen verwendeten Vokabular recht nahe. Wichtiger ist allerdings die Forderung Glos' nach einem stärkeren «Schutz» für die produzierende Industrie, beispielsweise die Autobranche. Zwar habe sich diese als sehr widerstandsfähig erwiesen, doch jetzt brauche sie wie die Bürger auch Rückenwind, sagte Glos. Er rate zu einer möglichst raschen Lösung des Problems der CO₂-Besteuerung. Auch dürfe die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche nicht durch «überzogene Regeln» aus Brüssel gemindert werden.

Ruf nach dem Staat als Investor

Es mag sein, dass Glos mit diesen markigen Worten primär versuchte, etwas aus dem Schatten des omnipräsenten Krisenmanagers, des Finanzministers Peer Steinbrück, zu treten. Dennoch trifft er einen Nerv, der auch andere zwick. Das Zauberwort auf der politischen Bühne heisst in diesen Tagen «Konjunkturprogramm». Das Bukett der Begehrlichkeiten ist gross und bunt, und der Staat scheint es nicht wirklich ausschlagen zu wollen. Natürlich kommen die Forderungen vor allem von links. Frank Bsirske, der Chef der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, will, dass die Regierung «gesamtwirtschaftlich wirksame Aktivitäten» entwickelt und dabei mit mindestens 10 Milliarden Euro im nächsten Halbjahr anfängt. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles möchte die für 2010 beschlossene steuerliche Absetzbarkeit der Krankenkassenbeiträge auf 2009 vorziehen und parallel dazu ebenfalls ein staatliches Konjunkturprogramm lancieren. Vertreter des linken SPD-Flügels verlangen eine allgemeine Konjunkturankurbelung in der Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Aus der Regierung verlautet unterdessen, man sei nicht mehr grundsätzlich gegen Konjunkturmassnahmen. Zumindest beim Klimaschutz und bei der Gebäudesanierung sei staatliche Hilfe durchaus erwägenswert, sagte am Freitag ein Sprecher. Grundsätzlich aber gebe es in der Regierung eine andauernde Skepsis gegenüber traditionellen, schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen. Ob die Koalition diese Haltung, die auch diejenige Steinbrücks ist, angesichts der Krisensymptome noch lange aufrechterhalten kann, ist fraglich.

Nordirlands Polizei entdeckt ein Waffenlager

Belfast, 17. Okt. (Reuters) Die Polizei in Nordirland hat ein mutmassliches Waffenlager der probrischen Loyalistengruppe Ulster Volunteer Force (UVF) ausgehoben. In der Wohnung eines am Wochenende gestorbenen Mannes in Belfast seien 70 Gewehre und mehrere tausend Schuss Munition sichergestellt worden, teilte die Polizei am Freitag mit. Die UVF hatte 2007 einen Waffenstillstand erklärt und war dafür dieses Jahr von der britischen Regierung von der Liste verbotener Organisationen gestrichen worden.

Bisher hat die Gruppe sich jedoch geweigert, ihre Waffen abzugeben. Während des 30 Jahre dauernden bewaffneten Konflikts zwischen probrischen und proirischen Gruppen in Nordirland töteten UVF-Kämpfer mehr als 540 Personen. Das Karfreitagsabkommen von 1998 ebnete den Weg für eine Teilung der Macht zwischen probrischen und proirischen Parteien.

Fortsetzung von Seite 1

Die UBS und die Illusion der Machbarkeit

Viel zu viele Menschen, nicht nur an den Spitzen der Unternehmen, fingen an zu glauben, es gebe im Finanzsystem praktisch keine Risiken beziehungsweise diese seien abgesichert oder würden von anderen übernommen. Es ist eine der Folgen staatlicher Regulierung, dass sie die Menschen sich in falscher Sicherheit wiegen lässt. Die vielen Bestimmungen zum Schutze der Anleger, der Sparer, der Investoren oder der Kreditnehmer führen, so gut sie gemeint sind, oft dazu, dass sich die Geschützten dann auf die Regulierungen verlassen. Sie prüfen nicht genügend selbst – ähnlich wie jene Banker, die sich blind auf das Urteil von Rating-Agenturen abstützen –, und sie vergessen mit der Zeit, dass sie sich einem Risiko aussetzen. Das hat die Krise nun wohl gründlich korrigiert.

Gleichzeitig tauchen neue Illusionen am Horizont auf, nicht weniger verheerend als die alten. Zu ihnen gehört vor allem der Glaube an den Staat. Sein beherztes Eingreifen ringsum in Ehren, aber noch weiss niemand, ob es wirklich etwas nützt und ob es mehr bringt, als es kostet – im weitesten Sinne des Wortes. Selbst wenn es aber so wäre, ist es eine Illusion zu meinen, der Staat könne und solle daher überall zum Rechten sehen, er könne die Konjunktur in Schwung halten, auch über die Industrie schützend und helfend seine Hand halten und mit neuen Regeln menschliche Dummheit und Unmoral verhindern.

VOM RETTER ZUM BESATZER

Er ist dazu aus mehreren Gründen nicht in der Lage. Vom Umfang der Intervention her scheint er schon jetzt überfordert; wenn nun noch alle möglichen anderen Interessengruppen die hohle Hand machen oder wenn Konjunkturprogramme verlangt werden, gilt das erst recht. Ferner ist der Staat in dem Sinne überfordert, als seine Eingriffe oft schlicht nicht wirksam sind. Konjunkturprogramme beispielsweise bringen erfahrungsgemäss we-

nig bis gar nichts. Auch hier gilt, dass der allfällige Nutzen so aussergewöhnlicher Eingriffe wie jener der letzten Zeit nicht die generelle Wirksamkeit staatlichen Handelns belegt.

Überfordert ist der Staat zumal vom Wissen her; wäre er, wären die Politiker so gut informiert, so allwissend, so klug und auch so uneigennützig, wäre es nie zu dieser Krise gekommen. Doch «die Politik» hat nicht gemahnt, nicht die wirklichen Probleme benannt, nicht richtig reguliert. Sie hat mindestens so sehr versagt wie «die Wirtschaft». Dass der Staat jetzt hoffentlich das System stabilisieren kann, prädestiniert und legitimiert ihn nicht, nach der Krise aktivistischer zu sein als vor der Krise. Man muss Retter auch wieder loswerden; sonst werden sie zu Okkupanten.

DER GLEICHE WAHN

Vielleicht ist die gefährlichste Illusion, die durch eine erfolgreiche Bekämpfung der Krise geweckt wird, jene der Machbarkeit. Es ist der gleiche Wahn, dem all jene erlegen sind, die in ihrem Herdenverhalten und in ihrer Unersättlichkeit die Krise verursacht haben. Auch sie hielten alles für machbar, für kontrollierbar, für steuerbar. Es wäre eine Illusion, zu meinen, bei anderen Menschen in anderen Funktionen, also bei Politikern und Beamten statt Managern, wäre alles anders. Auch sie sind Menschen, machen Fehler, sind fehlbar. Wer daher glaubt, man könne, indem man dem Staat eine grössere Rolle zuweist, Krisen vermeiden und Fehlentwicklungen verhindern, erliegt der gleichen Illusion der Machbarkeit, die zum Desaster geführt hat. Man kann sogar mit Fug befürchten, dass zentralisierte Entscheide, wenn sie falsch sind, noch verheerender wirken als dezentralisierte. Vorkehrungen gegen die Zentralisierung von Macht in Politik und Wirtschaft und gegen den Herdentrieb scheinen daher sachgerecht; der generelle Ruf nach mehr Staat ist es gewiss nicht.

G. S.

Aufgefallen

Gänseleber-Sozialisten

ruh. (Prag) Ein feines Mahl verachtet kaum jemand, schon gar nicht in Ungarn. Gänseleber, Rauchlachs-Salat und Schweinsmedallions mit Eierschwämmchen, das nimmt sich gut aus als Arbeitsessen. Die Delegierten der regierenden Sozialistischen Partei liessen es sich dem Vernehmen nach denn auch schmecken, als sie unlängst einen Sonderkongress abhielten. Im Rückblick mag es dem einen oder anderen aber vielleicht doch nicht so glücklich erscheinen, dass man sich an derlei Köstlichkeiten erlabte, während man über die globale Finanzkrise diskutierte, die inzwischen ja auch Ungarn fest in ihrem Griff hat.

Denn für das Boulevardblatt «Blick» war das Politiker-Bankett, wie aus einem Bericht des Internetportals «politics.hu» hervorgeht, ein gefundenes Fressen. Weshalb man sich denn nicht wie früher mit volkstümlicherer Kost, etwa Sandwiches, «Virslis» (Würstchen) oder panierten Schnitzelchen, zufriedengegeben habe, wurde da gefragt, zumal ja die seit sechs Jahren an der Macht stehende Sozialistische Partei nicht ganz unschuldig sei am gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft. Darauf könnte man antworten, dass die Sozialisten eben schon immer ein positives Verhältnis zum Essen gehabt hätten, schliesslich habe ihre Vorgängerorganisation, die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei, den Gulaschkommunismus erfunden.

Ganz so wohl scheint es den Parteioberen mit dem Image als Salonsozialisten aber doch nicht zu sein. Es wurde zwar betont, das Catering sei Teil der Saalmiete gewesen. Doch werde man, schrieb der «Blick» unter Berufung auf eine Quelle in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, sich in Zukunft bemühen, etwas bescheidener zu essen.

Terrorprozess in Marokko

Planer von Anschlägen verurteilt

Rabat, 17. Okt. (ap) In Marokko sind Dutzende von Personen, die eine Serie von Anschlägen geplant haben sollen, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Gegen einen der Angeklagten verhängte das Gericht in Sale laut einem Bericht der amtlichen Agentur MAP 30 Jahre Haft. Seine genaue Rolle wurde nicht erläutert. Zwölf Personen müssen zwischen 6 und 15 Jahre ins Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen. Die Anklagen waren erfolgt, nachdem sich 2007 ein Selbstmordattentäter in einem Internetcafé in Casablanca in die Luft gesprengt hatte. Ermittlungen führten dann zu der Gruppe, die jetzt verurteilt wurde.

Gespräche in Simbabwe laut Opposition gescheitert

Harare, 17. Okt. (ap) Die Gespräche über eine Machtteilung in Simbabwe sind laut der Opposition gescheitert. Oppositionsführer Tsvangirai forderte die Afrikanische Union und die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft auf, in dem Konflikt zu vermitteln. Es sei indes nicht möglich gewesen, sich mit Präsident Mugabe auf eine Verteilung der Schlüsselministerien zu einigen, sagte Tsvangirai am späten Freitagabend vor Journalisten. Mugabes Partei, die Zanu-PF, werde sich am Samstag dazu äussern, hiess es weiter.

Belgiens Regierung hält sich im Sattel

Scharfe Kritik am Budgetentwurf

vau. Amsterdam, 17. Oktober

Das belgische Parlament hat in der Nacht auf den Freitag der Regierung von Premierminister Leterme das Vertrauen ausgesprochen. Die aus zwei flämischen und drei frankophonen Parteien bestehende Fünferkoalition hält sich damit im Sattel – nicht weil sie gute Arbeit geleistet hätte, sondern weil es keine echte Alternative gibt. Selbst im Teilstaat Flandern, in dem Leterme im Juni 2007 klarer Wahlsieger gewesen war, hat das Vertrauen der Bürger in die Regierung Leterme stark abgenommen.

Die Vertrauensabstimmung im Parlament erfolgte zwei Tage nach der Präsentation der Regierungserklärung durch den Christlichdemokraten Leterme. Besonders kämpferisch gab sich die flämisch-nationalistische N-VA, eine Partei, die aus Frustration über den schleppenden Verlauf der Verhandlungen über die Staatsreform Leterme vor einigen Wochen die Unterstützung aufgekündigt hatte. Die Regierungserklärung sei nichts anderes als Wählerbetrug, behauptete der N-VA-Fraktionschef Jan Jambon. Den Wählern sei versprochen worden, mit der budgetären Hokusfokus-Politik der Vorgängerregierung zu bre-

chen. Stattdessen werde nun genauso verfahren wie in den vergangenen acht Jahren unter der sozialliberalen Regierung.

Der Budgetentwurf liest sich tatsächlich wie ein Flickwerk, an dem zu viele Minister mit unterschiedlichen Standpunkten mitgearbeitet haben. Damit ein angeblich ausgeglichener Haushalt präsentiert werden kann, muss auf Reserven von Staatsbetrieben zurückgegriffen werden. Ferner werden die verschiedenen Massnahmen zur Stärkung der Kaufkraft durch Steuererhöhungen zunichtegemacht. An weniger gut betuchte Bürger werden Checks zum Bezug von Benzin verteilt, während gleichzeitig mit höheren Benzinsteuern zusätzliche Erträge generiert werden sollen. Der Etat ist nicht nur auf äusserst kreative Weise geschmiedet worden, er ist auch ziemlich unrealistisch. Die Regierung geht für 2009 von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 Prozent aus, während die meisten Prognostiker lediglich mit 0,2 Prozent Wachstum rechnen. Von Reformwille ist keine Spur. Wegen unüberbrückbarer Standpunkte innerhalb der Koalition kam auch keine Einigung auf eine kohärente Asyl- und Migrationspolitik zustande.

Thüringen

Führende Technologieregion in Deutschland!

Thüringen bietet hervorragende Bedingungen für Forschung, Produktion und wirtschaftlichen Erfolg: optimale Investitionsanreize, hoch qualifizierte Fachkräfte und Ingenieure, wirtschaftsnahe Forschungsnetzwerke, eine moderne Infrastruktur und eine vielfältige Natur- und Kulturlandschaft.

Gestalten Sie mit! Profitieren Sie mit! Investieren Sie in Thüringen!

Ihr Partner ist die Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH: Telefon +49 (0) 361 5603-450, E-Mail invest@leg-thueringen.de



www.standort-thueringen.de

Willkommen
in der
Denkfabrik.

FREISTAAT
THÜRINGEN